

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	21
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	18.06.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Kienzlen (KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Vorstellung Statusbericht kommunaler Klimaschutz KEA - Antrag Nr. 107/2021 vom 16.03.2021 (Die FrAKTION, 90/GRÜNE, SPD, PULS) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Herr Dr. Kienzlen berichtet im Sinne der angehängten Präsentation. Er ergänzt, der Faktor zwischen den Landkreisen mit der höchsten Produktion von Erneuerbaren Energie (EE) und Stuttgart betrage pro Kopf etwa 50. Dieses liege an den strukturellen Unterschieden wie beispielsweise der Problematik von Freiflächenanlagen und Windkraft- anlagen in der LHS. Hinsichtlich der KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren liege in Stuttgart die Differenz bei etwa 200 Euro Fördersumme pro Einwohner im Vergleich zu anderen Städten. Bei einer Einwohnerzahl von rund 600.000 Bürger*innen in Stuttgart führe dies zu einer über 120 Mio. Euro verminderten Fördersumme pro Jahr. Daher müsse über mehr Personalstellen in der Energieagentur und im Energieberatungszentrum (EBZ) für die Inanspruchnahme von Fördermitteln geworben werden. Dieses stelle eine konkrete Wirtschaftsförderung für die LHS dar. Der Ausbau

der Wärmenetze in Stuttgart sei nach Auswertung des Statusberichtes eher stockend. Die Dekarbonisierung der Wärmenetze und deren Versorgung für die Stadt stelle eine zentrale Schlüsselaktivität im Bereich Klimaschutz dar, welche forciert werden müsse. Bezüglich der PV-Anlagen solle geprüft werden, wie diese prinzipiell einzige EE in der LHS noch stärker genutzt werden könne. In Stuttgart seien sehr wenige Industrie- und Gewerbedächer mit PV-Anlagen bestückt, während in der vergangenen Woche etwa im Ostalbkreis eine Anlage mit 10 MWh eingeweiht worden sei. In seinem Fazit sieht Herr Dr. Kienzlen großes Verbesserungspotenzial in der LHS in den Bereichen der PV, der Wärmenetze sowie in der Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Der von Herrn Dr. Kienzlen gezogene Vergleich sich nicht völlig zutreffend, so StR Boy (90/GRÜNE), da die Flächen in der Stadt gute Böden darstellten und daher weder für Windkraft noch für PV-Anlagen erschlossen werden könnten. Laut Analyse müssten die Potenziale im PV-Bereich dennoch besser ausgeschöpft werden. Es sei hierzu bereits ein Förderprogramm verabschiedet worden. Interessant sei, dass in anderen Landkreisen oftmals der industrielle Eigenverbrauch über PV erzeugt werde. Angesichts der hohen Fördersumme sei nicht nachvollziehbar, warum nicht mehr Bürger*innen in diesen Bereich einstiegen. Auf seine Frage, ob zu diesem Programm noch Verbesserungsmöglichkeiten u. a. in Hinblick auf die Industrie bestünden, antwortet Herr Dr. Kienzlen, es fehle hierzu nicht an finanziellen Mitteln. Die wirtschaftlichen Anreize für PV seien ausreichend, sodass sich viele Bürger*innen für PV-Anlagen entschließen könnten. Es liege eher am Marketing, welches aktiv betrieben werden müsse. Beispielweise bestehe in Freiburg eine Kampagne "Mein Dach kann mehr". Im Industrie- und Gewerbebereich liefen viele Aktivitäten über die Verbände wie z. B. die Industrie- und Handelskammer, die diesbezüglich die Unternehmen direkt ansprechen. Der Landesgesetzgeber werde für alle Neubauten den Bau von PV-Anlagen bindend ab dem Jahr 2022 vorschreiben, was für die LHS einen Schub bedeuten werde.

Der Nah- und Fernwärmebereich stelle den zentralen Punkt in Großstädten dar, betont StR Boy. Während bei Neubauten Fortschritte erzielt worden seien (z. B. NeckarPark, Bürgerhospital, Schoch-Areal, Olgäle), gestalte sich die Situation im Bestand schwieriger. Auf seine Nachfrage hin, wie die Förderung bei der Nah- und Fernwärme im Bestand verbessert werden könne, betont Herr Dr. Kienzlen, in diesem Bereich spiele die SWS eine zentrale Rolle. Diese erhalte vom Gemeinderat bezüglich ihrer Strategie klare Anweisungen (z. B. Festlegung von Renditeerwartungen, regionale Vorgaben usw.). Bei bestehenden Quartierkonzepten könne mit einem Wärmenetz gestartet werden. Diese könnten sukzessive miteinander gekoppelt werden.

StR Boy betont, bei den Biogasanlagen-Projekten im ländlichen Raum funktioniere die Wärmeerzeugung gut. Seiner Auffassung nach würden die KfW-Fördermittel für Neubauten abgerufen, welche in der LHS jedoch nicht sehr verbreitet seien. In der Stadt bestehe insgesamt ein Nachholbedarf beim Abruf von KfW-Mitteln. Auf seine Frage, ob ebenso die Fördersummen für Sanierungen vorlägen, damit ein Vergleich zu anderen Städten gezogen werden könne, führt Herr Dr. Kienzlen aus, diesen Aspekt müsse er zunächst klären. Er gehe davon aus, dass die Fördermittel für Sanierungen dominierten.

Der Bericht mache deutlich, so StR Sakkaros (CDU), wie hoch das Potenzial in der LHS bei einer PV-Nutzung auf städtischen Dächern und anderen Gebäuden sei. Er sei über den geringen PV-Anteil schockiert, sei jedoch guter Dinge, deren Anteil zu erhöhen. Die Installation von Windrädern solle aufgrund der Geräuschemissionen eher außerhalb der

Stadt stattfinden. Derzeit ermöglichen sehr viele Start-up-Unternehmen den Bau kleinerer Windräder auf Gebäudedächern. Er werde diesbezüglich einen Antrag in den kommenden Wochen einreichen. In der Stadt müssten grundsätzlich mehr Fördermittel abgerufen werden.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, unter einem anderen TOP sei über die Stadtbezirk-Challenges diskutiert worden, während bei diesem TOP auf Baden-Württemberg bezogen die Stadt-Challenge dargestellt werde. Hierbei solle unabhängig der strukturellen Unterschiede und des Klimaaktionspakets ebenso die sportliche Motivation für eine Verbesserung in der Rangliste geweckt werden, was Intention des gemeinsamen Antrags sei. Die städtischen Förderungen seien offenbar in dem Bericht noch nicht eingepreist worden. Neben verschiedenen Nachteilen u. a. aufgrund des stark hochverdichteten Raums bestünden ebenso enorme Vorteile, da die Mehrheit des Gemeinderats den Klimaschutz ernst nehme. Er begrüße es, wenn der Bericht als Monitoringinstrument regelmäßig erstellt werde, um beispielsweise alle zwei Jahre ablesen zu können, ob das Klimaschutzprogramm eine positive Wirkung entfalte. Herr Dr. Kienzlen betont, im Statusbericht werde nicht untersucht, wieviel Geldmittel seitens der Stadt in Maßnahmen investiert würden, sondern es werde aufgezeigt, was mit den umgesetzten Maßnahmen erreicht werde. Damit handle es sich um einen reinen Ergebnisbericht, der eine erste Forstschreibung darstelle und in einem zweijährigen Rhythmus erstellt werde.

Hinsichtlich des PV-Aspekts werde deutlich, so StR Rockenbauch, dass die LHS einen weißen Fleck auf der dargestellten Landkarte darstelle. Dabei sei es aus technischer Sicht die einfachste Möglichkeit, eine PV-Anlage auf einem Dach zu installieren. Hinsichtlich weiterer Themen wie der Wärme- und Verkehrswende stelle sich jedoch die weitaus relevantere Frage, wie rasch die LHS klimaneutral werde. Herr Dr. Kienzlen habe kritisiert, in Stuttgart finde ein Ausbau des Gasnetzes gegenüber dem Fernwärmenetz statt. Ebenso sei aufgeführt worden, es läge in Stuttgart eine enorme Dichte bei der Fernwärme vor. Stadtrat Rockenbauch erkundigt sich, wie Wärmenetze in anderen Städten umgesetzt würden und ob hierzu auf die LHS übertragbare Erkenntnisse bestünden. Herr Dr. Kienzlen führt hierzu aus, bei diesem Aspekt müsse in Europa Dänemark und in Baden-Württemberg der Landkreis Schwäbisch-Hall betrachtet werden. In Schwäbisch-Hall werde seit dreißig Jahren sehr erfolgreich eine aktive Wärmenetz-austauschstrategie verfolgt, bei der eine klare Dekarbonisierungsstrategie hinterlegt sei.

StR Rockenbauch betont, der Verkehrsbereich spiele bezüglich des Klimaschutzes ebenso eine große Rolle. Während die Stadt beim ÖPNV an der Spitze der Städterangliste stehe, müsse der Radverkehr ausgebaut werden. Auf seine Frage, wie der Bereich Verkehr in der LHS insgesamt verbessert werden könne, betont Herr Dr. Kienzlen, in der LHS bestünden hierzu schwierige Rahmenbedingungen. Der Radverkehr stelle einen zentralen Ansatzpunkt dar, der in der Stadt angegangen werden müsse. Dabei müssten die Rahmenbedingungen für die Radfahrer *innen vereinfacht werden. Da er viele Jahre selber mit dem Fahrrad in Stuttgart unterwegs gewesen sei, wisse er aus eigener Erfahrung um die schwierige Situation des Radverkehrs. BM Pätzold erwidert, die Situation für die Radfahrer*innen habe sich im Vergleich zu vor 15 Jahren wesentlich verbessert. Es sei im Bereich Radverkehr in der Tat viel in der Stadt unternommen worden, so Herr Dr. Kienzlen. Allerdings zeigten die Zahlen des Statusberichts, dass die LHS auf dem drittletzten Platz im Vergleich der Großstädte im Land liege.

Sie begrüße die Teilnahme von Herrn Dr. Kienzlen aufgrund eines gemeinsamen Antrags an der heutigen Sitzung des AKU, so StRin Schanbacher (SPD). Es sei positiv, hierdurch ideologiefrei von außen einen landesweiten Überblick zu erhalten, da Herr Dr. Kienzlen sicher ebenso gute Kenntnisse über die anderen Städte habe. Ein wichtiger Punkt sei die gleichzeitige Umsetzung von Maßnahmen in verschiedenen Bereichen. Es sei erfreulich, dass einige Aspekte thematisiert worden seien, die ihre Fraktion fordere. So habe man bei dem Thema Erneuerbare Energien (EE) deren starken Ausbau mit einer Verfünffachung in der LHS beantragt und sei hierbei auf die Aspekte Wind (z. B. Windräder), Wasser (z. B. Großwärmepumpe im Neckar) sowie Abwärme (z. B. CO₂-freie Fernwärme) eingegangen. Die Umstellung von Kohle auf Erdgas stelle keine Antwort auf den Klimawandel dar. Die Abwärme von Industrie und Rechenzentren müssten in die Maßnahmen einbezogen werden. Sie zeigt sich optimistisch, mit der Wärmeleitplanung diese Potenziale aufdecken und nutzen zu können. Den zentralen Akteur der kommunalen Daseinsvorsorge stellten die SWS als Motor der Energiewende dar. Dies sei eine Antwort auf die Frage, wie Klimagerechtigkeit in der Stadt zu erreichen sei, was das Bundesverfassungsgericht nicht zu Unrecht kritisiert habe. Auf ihre Frage, in welchen Bereichen einfache Maßnahmen zu großen positiven Auswirkungen auf das Klima führten (Low-hanging-fruits), betont Herr Dr. Kienzlen, die Zeit der "Low-hanging-fruits" sei vorbei. Vielmehr müsse in der gesamten Breite geprüft werden, wie alle vorhandenen Potenziale genutzt werden könnten.

Der Bericht zeige, dass für die LHS im Bereich der EE einiger Nachholbedarf bestehe, so StR Serwani (FDP). Er hoffe jedoch, keine neue Windkraftanlage im Tauschwald an der Grenze zwischen den Stadtbezirken Feuerbach und Weilimdorf zu erhalten. Herr Dr. Kienzlen erklärt, Kleinwindanlagen seien in der LHS aufgrund der Topografie eher problematisch zu betrachten. Eine Ausnahme stellten die Stuttgarter Höhenlagen dar. Falls Windkraftanlagen abgelehnt würden, müssten hierzu Alternativen bezüglich der Energiewende gefunden werden. Es sei mittlerweile ein Stadium erreicht worden, in dem nicht mehr zwischen EE-Varianten entschieden werden könne, sondern es müssten vielmehr alle Möglichkeiten der alternativen Energien zur Bewältigung der Klimakrise genutzt werden. Er plädiert, in der Stadt nach Windkraftstandorten wie z. B. dem Grünen Heiner im Stadtbezirk Weilimdorf zu suchen.

StR Serwani betont, hinsichtlich der PV-Anlagen liege das Potenzial in Stuttgart sehr hoch. Die mit rund 120 Mio. Euro zu gering abgerufenen KfW-Fördermittel müssten in der Öffentlichkeit deutlicher herausgestellt werden. In seiner Schlussfolgerung habe Herr Dr. Kienzlen dargestellt, in der Fernwärme liege ein großes Potenzial. Daher müssten in diesem Bereich große Anstrengungen unternommen werden. Mit der Abwärme des Rechenzentrums an der Universität Vaihingen könne der Neckarpark mit Strom versorgt werden.

StR Zaiß (FW) betont, der Karte könne entnommen werden, im ländlichen Raum befänden sich große landwirtschaftliche Betriebe mit weiträumigen Dachflächen. Daher sei dort die Installation einer PV-Anlage weitaus einfacher als in der LHS mit oftmals sehr kleinstrukturierten Dächern. Zudem seien in den ländlichen Gebieten Biogasanlagen für die Energieerzeugung sehr verbreitet, was in der hochverdichteten LHS mit einem großen Industrieanteil und einer hohen Bevölkerung problematisch sei. Die Bevölkerungsdichte in Stuttgart sei wesentlich höher als in ländlichen Gebieten. In der Stadt bestünde ein hoher Anteil an Mieterinnen und Mietern, die auf die Energieerzeugung aus eigentumsrechtlichen Gründen über keinen Einfluss verfügten. Daher sei es weitaus schwieriger, einen hohen Anteil an der Stromerzeugung pro Einwohner*in wie im ländlichen

Raum zu erreichen. Aus diesem Grund sei der entsprechende Vergleich sehr schwierig. Aus einer aufgeführten Karte gehe hervor, in allen größeren baden-württembergischen Städten sei die Energiebilanz ähnlich wie in der LHS. Eine Ausnahme bestehe in Freiburg, da hier ein weitaus größerer Anteil an landwirtschaftlicher Flächen als in Stuttgart bestehe.

Auf die Frage von StR Köhler (AfD), aus welchen Gründen die KfW-Förderung in der LHS derart gering ausfalle, erläutert Herr Dr. Kienzlen, dieses liege an strukturellen Gründen. Die Ausführungen in der vorherigen Diskussion, warum in der LHS weniger PV-Anlagen installiert seien als beispielsweise auf der Ostalb, sei richtig, da sich die Rahmenbedingungen eines Flächenlandkreises anders darstellen als in einer Stadt. Daher könne der Maßstab in diesem Bereich für Stuttgart nicht wie der eines Landkreises wie Schwäbisch-Hall sein. Vielmehr könnten im Vergleich Städte wie Ulm oder Freiburg herangezogen werden. Im ländlichen Raum lägen die Investitionen in den privaten Wohnungsbau höher als in einer Stadt mit einer Gebäudestruktur wie Stuttgart. Auch hier sei der Vergleich zu anderen Großstädten im Land geeigneter.

StR Köhler ergänzt, es werde keine Grundsatzdiskussion geführt, inwieweit konventionelle Energieträger adäquat durch Solar- oder Windenergie ersetzt werden könnten, da nicht zu jeder Zeit die Sonne scheine oder ein Wind wehe. Er kritisiert die Aussage von der Fraktion 90/GRÜNE, dass Bürger*innen, die keine PV-Anlage auf ihr Dach installieren lassen würden, ideologisch falsch gepolt seien.

Dem Wunsch von StRin Königter (PULS) auf Zusendung der aufgezeigten Präsentation wird von der Verwaltung zugestimmt. Der Bericht habe gezeigt, die LHS stehe in Hinblick auf PV-Anlagen oder Wärmeerzeugung im landesweiten Vergleich nicht gut da. Hierzu habe es in der Diskussion Wortbeiträge gegeben, in denen auf die Schwierigkeiten des Energievergleichs der LHS mit anderen Regionen aufgrund des hohen Verdichtungsgrades und der geringeren Flächenverfügbarkeit hingewiesen worden sei. Obwohl dieses zutreffe, sollten dennoch bessere Ergebnisse erzielt werden. Es bestünden in der Stadt zwar kleine, dafür aber viele Dächer, die sich für die Installation kleiner PV-Anlagen eigneten. Des Weiteren bestünde zwar im ländlichen Raum die günstige Möglichkeit, Biogasanlagen zu errichten, andererseits könne in der Stadt Abwärme in großem Ausmaß genutzt werden, was im ländlichen Raum so nicht möglich sei. Die enge Zusammenarbeit zwischen den SWS und dem AfU stelle einen wichtigen Aspekt dar, der bereits gut umgesetzt werde. Es sei von Herrn Dr. Kienzlen angesprochen worden, die Beratung des EBZ könne bei der Abrufung der KfW-Fördermittel unterstützend tätig sein. Dieses Thema sei bereits im Rahmen der letzten Doppelhaushaltsberatungen diskutiert worden. Sie erkundigt sich hinsichtlich der nächsten Haushaltberatungen und möglicher Anträge hierzu, ob die Verwaltung in der heutigen Sitzung eine Aussage treffen könne, wie das EBZ u. a. bezüglich der KfW- und Energieberatungen unterstützt werden könne. Es sei ebenso bereits diskutiert worden, dass in anderen Städten die Anzahl der Mitarbeiter pro Bürger*innen höher sei. Herr Dr. Kienzlen betont, beim EBZ in Stuttgart werde mehr Personal benötigt. Die Energieagentur in Karlsruhe verfüge mittlerweile über dreißig Mitarbeiter*innen.

StR Körner (SPD) betont, das von Herrn Dr. Kienzlen angesprochene Thema Energiewende müsse vor allem eine Wärmewende darstellen. Er habe zu Recht ausgeführt, der Streit um das Fernwärmenetz müsse möglichst rasch beendet werden. Dieses fordere die SPD-Fraktion sei längerer Zeit. StR Körner erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Gespräche zwischen der Stadt und der EnBW bzw. dem Land und einer

möglichen Bewegung, damit gemeinsam die Umstellung auf EE erreicht werde. Zum Stand des aktuellen Verfahrens könne er keine Aussage treffen, so BM Pätzold, da es nicht in seiner Zuständigkeit liege. Bezüglich des Austausches im Bereich Fernwärmumstellung auf grüne Fernwärme liefen auf seiner Ebene derzeit Gespräche. Erst in dieser Woche habe eine entsprechende Unterredung stattgefunden. Möglicherweise werde über dieses Thema im AKU gemeinsam mit der EnBW noch vor der Sommerpause berichtet.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS